

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Tom Koenigs, Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/1421 –**

Umgang mit Guantánamo-Häftlingen

A. Problem

Die Antragsteller schildern zusammenfassend die Debatte um das Gefangenenlager Guantánamo auf Kuba und seine Schließung. Auch der Deutsche Bundestag habe in der Vergangenheit die Auflösung von Guantánamo gefordert. Andere europäische Länder hätten bereits Gefangene aus dem Lager aufgenommen. Mit der Aufnahme zu Unrecht Inhaftierter würde die Bundesregierung nach Auffassung der Antragsteller zur Stärkung des Völkerrechts und der Menschenrechte beitragen und zugleich die moralische Position des Westens in der Welt verbessern. Darüber hinaus könne ein substanzieller Beitrag für die eigene Sicherheit geleistet werden, da der Fortbestand von Guantánamo eine ideologische Grundlage für den Terrorismus biete.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung daher aufgefordert werden, die Bitte der USA, Häftlinge aus Guantánamo zu übernehmen, solidarisch zu prüfen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/1421 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2010

Der Innenausschuss

Frank Hofmann (Volkach)
Stellv. Vorsitzender

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Rüdiger Veit
Berichterstatter

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Wolfgang Wieland
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Reinhard Grindel, Rüdiger Veit, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Ulla Jelpke und Wolfgang Wieland

1. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/1421** wurde in der 37. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. April 2010 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 13. Sitzung am 5. Mai 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 12. Sitzung am 5. Mai 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und

FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 14. Sitzung am 19. Mai 2010 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/1421 in seiner 11. Sitzung am 19. Mai 2010 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Ablehnung empfohlen.

Berlin, den 19. Mai 2010

Reinhard Grindel
Berichtersteller

Rüdiger Veit
Berichtersteller

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichtersteller

Ulla Jelpke
Berichterstellerin

Wolfgang Wieland
Berichtersteller

